



HESSISCHER LANDTAG

08. 10. 2024

Plenum

Antrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion der SPD**

Weniger Bürokratie – mehr Freiräume: Wir stärken die Eigenverantwortung der hessischen Kommunen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag betont, dass die Städte, Gemeinden und Landkreise in unserem politischen System eine herausragende Rolle einnehmen. Für viele Menschen werden demokratische Prozesse im Alltag vor Ort unmittelbar erfahrbar. Die Kommunen übernehmen dazu wichtige Aufgaben, die viele Lebensbereiche betreffen und unmittelbare Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger haben. Das Fundament für kommunales Handeln ist die Kommunale Selbstverwaltung. Um diese auch bestmöglich umzusetzen, benötigen Kommunen auch die entsprechenden Freiräume für eigene Entscheidungen und weniger Vorgaben anderer Ebenen. Übermäßige Bürokratie hemmt die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und kostet bares Geld.
2. Der Landtag stellt fest, dass es eine Vielzahl an Förderprogrammen verschiedenster politischer Ebenen gibt, mit denen das Handeln der Kommunen unterstützt werden soll. Allerdings sind diese oft bürokratisch und komplex ausgestaltet. Viele – und insbesondere kleine – Kommunen verfügen oftmals nicht über die personellen Ressourcen, um Förderprogramme optimal zu nutzen. Aufwand und Ertrag stehen häufig in keinem akzeptablen Verhältnis, sodass es sich zu oft nicht lohnt, Fördermittel zu beantragen. Der Landtag unterstützt daher die im Koalitionsvertrag von CDU und SPD vereinbarten Maßnahmen zur Entbürokratisierung von Fördermittelverfahren.
3. In diesem Zusammenhang begrüßt der Landtag die im Koalitionsvertrag hinterlegte Absicht, das Förderwesen des Landes Hessen mittels einer Fördermittelkommission einer Evaluierung zu unterziehen. Dabei sollte auch der Landesbeauftragte für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung beim Hessischen Rechnungshof einbezogen werden. Nach einer umfassenden Bestandsaufnahme in Zusammenarbeit mit den betroffenen Ministerien muss es das Ziel sein, dass Fördermittel, die mit übermäßig viel Bürokratie und Aufwand verbunden oder von geringem Nutzen sind, beendet werden. Der Landtag bittet die Landesregierung, diese umfangreiche Aufgabe mit Priorität anzugehen und damit auch ein klares Signal zur Entlastung der Städte, Gemeinden und Landkreise und gegen überflüssige Bürokratie zu setzen. Nach Einsetzung der Kommission bittet der Landtag diese um jährliche Berichte über ihre Arbeit im Haushaltsausschuss.
4. Der Landtag spricht sich dafür aus, den Kommunen insgesamt deutlich mehr Eigenverantwortung und Handlungsfreiheit zuzugestehen. So soll vor jeder Schaffung eines neuen Antragförderprogramms geprüft werden, ob nicht eine Pauschalzahlung sinnvoller ist. Städte, Gemeinden und Landkreise wissen am besten, wofür sie die ihnen zugewiesenen finanziellen Mittel ausgeben und was das Beste für die Bürgerinnen und Bürger ist. Ziel muss ein weitgehender Bürokratieabbau für die Kommunen sein. Daher spricht sich der Landtag zusätzlich dafür aus, Anforderungen an Verwendungsnachweise und die damit verbundenen Vorgaben zur Prüfung dieser Nachweise für Förderungen aus Landesmitteln deutlich zu vereinfachen und – wo möglich – zu standardisieren. Neue Fördermaßnahmen sollen zudem nur dann aufgelegt werden, wenn diese standardisiert und vollständig elektronisch bearbeitet werden können.

5. Der Landtag stellt fest, dass eine zunehmende Bürokratie im Förderwesen kein spezifisch hessisches Problem ist, sondern sich auch auf den Bund und die Europäische Union erstreckt. Auch auf diesen Ebenen ist eine Entbürokratisierung und Vereinfachung der Fördermittel dringend erforderlich. Um die Kommunen im Hinblick auf diese Ebenen noch besser als bisher zu unterstützen, spricht sich der Landtag dafür aus, die Fördermittelberatung des Landes Hessen zu einer ganzheitlichen Beratung weiterzuentwickeln, die sich auch auf die Fördermöglichkeiten von Bund und Europäischer Union erstreckt. Es soll so mehr Transparenz für die Kommunen geschaffen und der Zugang zu Fördermitteln erleichtert werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 8. Oktober 2024

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert